

Einrichtung der Projektgruppe „Beteiligung Geschlechtervielfalt“

BESCHLUSS: BV 2024, Ahrhütte

WORTLAUT DES ANTRAGES:

Die Bundesversammlung beschließt die Einrichtung einer Projektgruppe "Beteiligung Geschlechtervielfalt" innerhalb der PSG. Diese Projektgruppe soll im Rahmen unserer Ausrichtung als Mädchen- und Frauenverband in partizipativen Prozessen herausfinden, wie die Identität und Ausrichtung unseres Verbandes künftig sein sollen und untersuchen, wie Wahlämter und Positionen in Bezug auf Geschlecht in Zukunft besetzt werden sollen.

Der Fokus dieser Projektgruppe liegt darauf, die bestehende Geschlechtervielfalt innerhalb der PSG zu verstehen und sicherzustellen, dass alle Mitglieder angemessen vertreten sind. Durch partizipative Methoden wie Umfragen, Workshops und Diskussionen soll die Beteiligung aller Mitglieder des Verbands sicherstellt werden, um ihre Perspektiven, Erfahrungen und Bedürfnisse in Bezug auf Geschlecht zu erfassen.

Die Ergebnisse dieser Forschung werden als Grundlage für Empfehlungen dienen, die auf der Bundesversammlung diskutiert und möglicherweise umgesetzt werden sollen. Unser Ziel ist es, die Satzung sowie weitere grundlegende Schriften der PSG so anzupassen, dass sie die Vielfalt der Geschlechter im Verband besser repräsentieren und unseren Werten von Inklusion und Gleichberechtigung gerecht werden.

Die Projektgruppe muss mindestens eine Vertreterin aus dem Bundesvorstand, eine Vertreterin aus der Bundesleitung und mindestens drei weitere Mitglieder aus verschiedenen Diözesen umfassen. Es soll sichergestellt werden, dass die Projektgruppe repräsentativ ist und die Vielfalt der Perspektiven und Erfahrungen innerhalb unseres Verbands widerspiegelt. Das Team Queer wird der PG beratend zur Seite stehen.

Die Projektgruppe soll bis spätestens zum Projektgruppen- und Teamtreffen im September 2024 gebildet worden sein. Zum Bundesrat 2025 werden erste Erkenntnisse präsentiert. Eine Änderung der grundlegenden Schriften soll frühestens zur Bundesversammlung 2025 verabschiedet werden und danach in Kraft treten.

ABSTIMMUNG:

Der geänderte Antrag wird von der Bundesversammlung mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.